



KLIMA-WAHLPROGRAMMCHECK ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021



WWF: Der Wahlprogramm-Check

Zu den Themenfeldern Klimaschutz, nachhaltiges Wirtschaften und Biodiversität hat der WWF anlässlich der Bundestagswahl 2021 zehn zentrale Forderungen an die Politik formuliert. In unserem Wahlprogramm-Check „Klima“ zeigen wir, inwieweit sich die Parteien zu diesen Forderungen bekennen, mit welchen Maßnahmen sie am 26. September 2021 um die Stimmen der Wähler:innen werben und welche Antworten sie auf die Fragen unserer Zeit haben:

Wie klimaft sind die Parteien in Deutschland?

Wir fordern von allen Parteien einen mutigen Durchbruch und deutlich mehr Tempo beim Klimaschutz und der Umsetzung der Energiewende. Die nächste Bundesregierung ist aufgefordert, den Ausstoß der Treibhausgase in Deutschland um mindestens 70 Prozent bis 2030 zu senken. Damit der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis 2030 mindestens 80 Prozent beträgt, muss ihr Ausbau zügig vorangehen. Der Bund muss Unternehmen dabei Planungssicherheit geben und Investitionen in eine nachhaltige und kohlenstofffreie Produktionsweise belohnen. Dies muss begleitet werden durch eine Strategie für den konsequenten Ab- und Umbau aller klima- und umweltschädlichen Subventionen. Als führende Volkswirtschaft der EU muss sich Deutschland für ein klimaneutrales Europa bis spätestens 2050 einsetzen und die Umsetzung des European Green Deal konsequent vorantreiben. Das ist die historische Chance für einen klimagerechten Wandel, für gesündere und nachhaltigere Lebensmittel und den europaweiten Erhalt unserer Lebensgrundlagen und der Biodiversität.



CDU/CSU

Die CDU/CSU bekennt sich zu den Pariser Klimazielen und sieht darin ihre grundlegende internationale Verantwortung als Industrieland. Bei der Dekarbonisierung unserer Wirtschaft setzt die Union auf Technologien, Innovationen und Investitionen, die wirtschaftlich sind, Wettbewerbsfähigkeit und neue Wertschöpfungsketten entstehen lassen.

An den beschlossenen Klimazielen hält die CDU/CSU fest: Sie will die Emissionen in Deutschland bis 2030 um 65 Prozent gegenüber 1990 senken, bis 2040 um 88 Prozent und bis 2045 Treibhausgasneutralität erreichen. Kern der klimapolitischen Maßnahmen sind marktwirtschaftliche Instrumente wie der Emissionshandel, den die Unionsparteien auf die Sektoren Wärme und Verkehr ausweiten wollen. Bürger:innen ebenso wie Unternehmen sollen von einer Strompreis-Senkung und dem Wegfall der EEG-Umlage profitieren. Ein konkreter CO₂-Preispfad findet sich im Regierungsprogramm nicht.

Der Ausbau der Erneuerbaren soll deutlicher schneller vorangebracht werden und ein diversifizierter Energiemix aus Sonne, Wind, Biomasse, Wasserkraft und Geothermie entstehen. Die Union will Deutschland zum Wasserstoffland Nr. 1 machen und den Wasserstoff aus erneuerbaren Energien gewinnen. In der Übergangszeit soll neben dem grünen auch blauer Wasserstoff auf Basis von Erdgas akzeptiert werden.

Neben der Elektromobilität sehen die Schwesterparteien auch synthetische Kraftstoffe im Straßenverkehr und perspektivisch im Schwerlastverkehr. Ein Dieselfahrverbot lehnen sie ab, ebenso wie ein generelles Tempolimit auf Autobahnen. Wie lange Verbrennungsmotoren noch zugelassen werden dürfen, bleibt unklar.

Den European Green Deal will die Union zu einer europäischen Wachstumsgeschichte machen. Internationale Klimakooperationen sollen dazu beitragen, den globalen Temperaturanstieg zu begrenzen. Emissionsminderungen durch Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungs- und Schwellenländern sollen auch hierzulande anteilig auf nationale Verpflichtungen angerechnet werden können.

Die WWF-Bewertung

Trotz des Bekenntnisses zu Paris fehlt dem Wahlprogramm der Union eine klare Strategie für den klimafreundlichen Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Wer dem Wirtschaftsstandort Deutschland und seinen Unternehmen etwas Gutes tun will, muss mit klaren Rahmenbedingungen und Instrumenten für mehr Klima- und Naturschutz dafür sorgen, dass sie zukunftsfit werden können.

Richtigerweise wird die immense Bedeutung beschleunigter Planungs- und Genehmigungsverfahren beim Ausbau der Erneuerbaren betont. Doch erfordern diese weniger einen Abbau bestehender Regelungen als vielmehr eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der Behörden. **Besonders gravierend sind die fehlenden Ausbauzahlen für Erneuerbare Energien, die die Grundlage einer klimafreundlichen Elektrifizierung aller Wirtschaftssektoren bilden.** Um die Ambitionen der Union zu Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen realisieren zu können, sind alle Sektoren zwingend auf mehr Erneuerbare angewiesen. Sogenannter blauer Wasserstoff auf Basis von Erdgas ist keinesfalls klimaneutral, weshalb die notwendige Umstellung auf vollständig grünen Wasserstoff umso mehr Tempo beim Ausbau der Erneuerbaren erfordert.

Auch das Thema CO₂-Bepreisung bleibt vage. Eine reine Marktbildung des CO₂-Preises gefährdet sowohl die Planungssicherheit als auch die soziale Gerechtigkeit. Es fehlt die eindeutige Absage an Verbrenner und den Einsatz synthetischer Kraftstoffe im Verkehrssektor. Hier stehen die Zeichen eindeutig auf den Wandel zur vollständigen Elektromobilität, die Union täte gut daran, dies frühzeitig anzuerkennen. Ein bundesweites **Tempolimit** spart nicht nur verlässlich Emissionen ein, es erhöht zudem die Verkehrssicherheit und schützt Leben.

Besonders kritisch bewerten wir die geplante nationale Anrechnung im Ausland erbrachter Klimaschutzleistungen, weil sie das Minderungspotenzial im globalen Süden gefährdet und den ohnehin zu geringen deutschen Beitrag zum internationalen Klimaschutz weiter zu senken droht. **Die Verantwortung für Klimaschutz darf nicht abgeschoben werden.**



SPD

„Aus Respekt vor der Zukunft“ – der Titel des Wahlprogramms der SPD verspricht viel für den Klimaschutz. Bis spätestens 2045 sollen Leben, Arbeiten und Wirtschaften keine negativen Auswirkungen mehr auf das Klima haben.

Der Schwerpunkt der sozialdemokratischen Klima- und Energiepolitik liegt im Ausbau der Erneuerbaren Energien, sodass der Strom in Deutschland spätestens bis zum Jahr 2040 vollständig daraus bezogen werden kann. Dafür brauche es ein Jahrzehnt des entschlossenen Ausbaus von Solar, Wind und Geothermie und mehr Tempo beim Ausbau der Stromnetze, Bahnstrecken, Wasserstoffleitungen, der Batteriezellenfertigung und Ladesäulen für Elektroautos. Hier entstehen für die Sozialdemokraten auch neue Geschäftsfelder und Arbeitsplätze. Klimaschutz sei die soziale Aufgabe der kommenden Jahrzehnte. Am Ausbau möchte die SPD die Bürger:innen vor Ort durch Energiegenossenschaften beteiligen und einen Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern, Kommunen und kommunalen Spitzenverbänden schließen.

Von der Energiewende vor Ort sollen alle profitieren können. Der Mieterstrom und gemeinschaftliche Eigenversorgung sollen gestärkt und nachhaltige Stromanleihen aufgelegt werden. Alle geeigneten Dächer öffentlicher Gebäude und Gewerbeliegenschaften erhielten Solaranlagen. Die EEG-Umlage soll bis 2025 abgeschafft und u.a. aus den Einnahmen der CO₂-Bepresung finanziert werden.

Der geplante Anstieg des CO₂-Preises soll für weitere sozial gerechte Ausgleichsmaßnahmen sorgen. Einen Pro-Kopf-Bonus werden die Sozialdemokraten prüfen. Bis 2030 soll Deutschland zum Leitmarkt für Wasserstofftechnologien werden.

Bahnfahren soll europaweit günstiger und attraktiver als das Fliegen werden. Die Sozialdemokraten machen sich für ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen stark. Dem European Green Deal widmet das Zukunftsprogramm der SPD nur wenige Zeilen.

Die WWF-Bewertung

Die Sozialdemokraten haben ihr klimapolitisches Profil an wichtigen Punkten geschärft.

Das zeigt der starke und richtige Fokus auf den schnellen Ausbau von Sonne, Wind und Geothermie als nachhaltige erneuerbare Energien und der dazugehörigen Infrastrukturen, ebenso wie die Beteiligung der Bürger:innen an der Energiewende vor Ort samt Zukunftspakt für verbindliche Ausbauziele. Denn ohne den beschleunigten Ausbau von Wind und Solar wird kein Sektor seine Ziele erreichen können – vom Verkehr bis zur Industrie.

Doch auch für die SPD gilt: Wasserstoff ist nur dann emissionsfrei, wenn die Herstellung vollständig auf Basis erneuerbarer Energien stattfindet. Andernfalls droht eine gefährliche Verlängerung fossiler Emissionsstrukturen. Die angestrebte Solarpflicht sollte über den Bereich der öffentlichen Gebäude hinausreichen. **Andere konkrete Ankündigungen für das Erreichen der klimaneutralen Welt von morgen kommen allerdings noch zu kurz.** Trotz Bekenntnis zur Zukunft des elektrischen Antriebs fehlen klare Aussagen zum notwendigen Auslaufen des Verbrenners.

Und: Wer Europa so viel Respekt zollt, sollte sich auch klar für ein ambitioniertes Klimapaket der EU aussprechen und dafür sorgen, dass Deutschland künftig eine konstruktive Rolle in der Umsetzung des European Green Deals einnimmt. **Die SPD verpasst es jedoch, das Potenzial des European Green Deal als europäische Nachhaltigkeitsstrategie in ihrem Programm für die erfolgreiche sozial-ökologische Transformation Deutschlands und der europäischen Partner gewinnbringend zu nutzen.**



FDP

Die FDP sieht in Forschung, Wissenschaft, Innovationen und Ideen den Antrieb für Klimaschutz und bezahlbare Energien. Mit dem Erfindungsgeist in Technik und Wissenschaft könne Klimaschutz marktwirtschaftlich und wissenschaftlich sicher erreicht werden.

Den Emissionshandel wollen die Freien Demokraten schnellstmöglich auf alle Sektoren und geografisch ausweiten. Zum Schutz der deutschen Unternehmen vor Wettbewerbsverzerrungen müsse das Ziel ein über den europäischen Emissionshandel hinaus international abgestimmtes Vorgehen beim Klimaschutz mit einem einheitlichen CO₂-Preis für alle sein. Beendet sei der Weg erst, wenn alle Emissionen weltweit einen einheitlichen marktwirtschaftlichen CO₂-Preis hätten. Bis zum globalen CO₂-Zertifikatehandel will die FDP die EU darin unterstützen, eine WTO-konforme Weiterentwicklung des „Carbon Leakage“-Schutzes einzuführen.

Um die sozialen Kosten des Klimaschutzes abzumildern, wollen die Freien Demokraten eine jährliche pauschale Klimadividende an alle Bürger:innen auszahlen und die Energiebesteuerung drastisch absenken. Im Zuge höherer staatlicher Einnahmen, die sich aus den steigenden Preisen für die Verschmutzungszertifikate ergeben, möchte die FDP die EEG-Umlage abschaffen.

Auch beim Verkehr lauten die Schlagworte: Innovationen, funktionierender Emissionshandel, moderne Infrastruktur und technologieoffene Politik. Die FDP positioniert sich gegen pauschale Verbote von Verbrennungsmotoren. Der Bahnbetrieb müsse privatisiert, die Luftverkehrssteuer abgeschafft und das Wasserstraßennetz ausgebaut werden. E-Mobilität sei Teil des Mobilitätsmixes der Zukunft. Sie müsse ohne Subventionen, allerdings mit einem freieren und transparenteren System der Ladestromanbieter Fahrt aufnehmen.

International wollen die Freien Demokraten Treibhausgasreduktionen durch die Finanzierung von Projekten in anderen Ländern auf die eigenen Klimaziele anrechnen lassen.

Die WWF-Bewertung

Die Freien Demokraten präsentieren in ihrem Wahlprogramm einen marktzentrierten Klimaschutz. Marktinnovationen bestimmen das Feld der Klima- und Energiepolitik der Partei.

Ein Policy- oder Instrumenten-Mix, der notwendige Investitionen mobilisiert und absichert, fehlt im Programm der FDP vollständig. Wer Innovationen so betont wie die FDP, muss sich darüber bewusst sein, dass der CO₂-Preis und die eindimensionale Ausrichtung auf die Integration aller Emissionsquellen in den Emissionshandel bei weitem nicht genügend Schwung für den Einsatz neuer Technologien hervorbringen. Er führt außerdem bei den dann gebotenen Höhen ohne flankierende Instrumente zu sozialen Verwerfungen.

Zudem stehen die notwendigen Technologien für effektiven Klimaschutz zum Großteil bereits zur Verfügung, es bedarf ihrer konsequenten Anwendung und nicht der bloßen Ankündigung von Klimaschutzmaßnahmen. **Der Einsatz synthetischer Kraftstoffe in Verbrennungsmotoren ist aus klima- und energiepolitischer Sicht kaum zu rechtfertigen** und die FDP wäre besser beraten, hier auf die weitgehende Elektrifizierung des Verkehrssektors und der dazugehörigen Infrastruktur zu bauen.

Dass die Freien Demokraten Minderungsverpflichtungen durch Anrechnung von Klimaschutzmaßnahmen in Ländern des globalen Südens auslagern will, ist äußerst kritisch zu betrachten. Wenig Bedeutung misst die FDP der EU als größtem weltweiten Binnenmarkt bei, eine klaffende Lücke.

Der European Green Deal als europäischer Wirtschafts- und Jobmotor auf dem Weg zur Klimaneutralität fehlt in Programm der FDP vollkommen.



Die Linke

Die Linke kündigt in ihrem Programm einen sozialökologischen Systemwechsel an. Die Partei steht mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2035 an der Seite der Klimabewegung. Konsequenter Klimaschutz und Klimagerechtigkeit bedeuten für die Linke auch ein Ende der Kohleverstromung bis spätestens 2030. Die genannten Ziele sollen in einem Klimaschutzgesetz festgeschrieben werden und ihre Erreichung durch Förderprogramme und staatliche Infrastrukturprogramme unterstützt werden.

Der Zubau an erneuerbaren Energien müsse stetig gesteigert und das EEG strukturell reformiert werden. Bis 2025 will die Linke pro Jahr mindestens 10 GW Photovoltaik und 7 GW Windenergie an Land sowie 2 GW auf See installieren.

Der Einsatz von Wasserstoff ist auf „grünen“ – also mittels Ökostrom hergestellten – Wasserstoff zu beschränken und nur dort einzusetzen, wo keine Alternativen zur Verfügung stehen, wie etwa in der chemischen Industrie oder der Stahlerzeugung. Wasserstoffimporte aus den Ländern des Globalen Südens lehnt die Linke ab, solange sie ihren Eigenbedarf nicht aus Ökostrom decken können. Spätestens ab 2030 sollen keine Pkw mit Verbrenner mehr neu zugelassen oder exportiert werden.

Klimaschutz soll zum Grundrecht ernannt und in die Verfassung aufgenommen werden. Energiekonzerne will die Linke entmachten. Energie gehöre in Bürgerhand und sollte öffentliches oder genossenschaftliches Eigentum werden.

Mit einem bundesweiten Klimacheck aller Gebäude bis 2025 und verbindlichen gebäudescharfen Stufenplänen will die Linke den Weg ebnen für einen klimaneutralen Gebäudebestand bis 2035. Der Emissionshandel ist für die Linke kein Instrument für wirksamen Klimaschutz.

Der European Green Deal geht der Partei nicht weit genug. Sie fordert eine weitreichende Reform und einen sozialen und ökologischen Systemwechsel, der den Umbau der Wirtschaft mit massiven öffentlichen Investitionen in gute Jobs, klimaneutrale Produktion und Infrastruktur schafft.

Unter Klimaneutralität versteht die Linkspartei auch internationale Klimagerechtigkeit, unter der Deutschland sein CO₂-Budget nicht überziehen oder sich in anderen Ländern freikaufen darf.

Die WWF-Bewertung

Die Linke geht mit dem ehrgeizigsten Klimaneutralitätsziel in den Wahlkampf. **Deutschland soll bereits bis 2035 klimaneutral werden.** Ein ambitioniertes Ziel.

Positiv ist zudem, dass die Partei ihr Wahlprogramm bei weitem nicht nur auf Marktmechanismen reduziert, sondern Ordnungsrecht und öffentliche Investitionen in Klimaschutz und Infrastrukturen in den Fokus rückt.

Die konsequente Umsetzung des vielseitigen Maßnahmenmix hat das Potential, den Klimaschutz in Deutschland deutlich voranzubringen.

Zum Anspruch sozial und klimagerecht gehört jedoch auch, dass das Verursachen von Emissionen einen entsprechend ausgestalteten Preis hat. **Hier bleibt eine Leerstelle.**



Bündnis 90 / Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen kündigen an, das nationale Klimaschutzgesetz zu überarbeiten und das deutsche Klimaziel auf 70 Prozent bis 2030 anzuheben. Zudem wollen sie sich dafür einsetzen, den Kohleausstieg bis 2030 zu vollenden.

Ein höherer CO₂-Preis von 60 Euro soll schon ab 2023 gelten und der weitere CO₂-Preisanstieg das Erreichen des Klimaziels mit absichern. Einnahmen aus dem CO₂-Preis möchten die Grünen sozial gerecht an die Bürger:innen zurückgeben – durch Senkung der EEG-Umlage und ein neues Energiegeld, das jede:r Bürger:in erhalten soll.

Die Verpflichtungen des Pariser Abkommens wollen die Grünen im Grundgesetz verankern. Genehmigungsverfahren sollen künftig eine Klimaverträglichkeitsprüfung unterlaufen und Gesetze an ihrer Vereinbarkeit mit den Klimazielen und Klimaauswirkungen gemessen werden.

Windenergieanlagen an Land sollen jährlich und flächendeckend um mindestens 5 GW ausgebaut und alte Anlagen zügiger ersetzt werden. Eine Million neue Solardächer in den nächsten vier Jahren setzt sich die Partei zum Ziel. Statt Ackerland sollen versiegelte Flächen neben Autobahnen oder Schienen für mehr Photovoltaik in Deutschland genutzt werden.

Kapazitäten zur Wasserstoffherstellung wollen die Grünen zwar schaffen, Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe aber nur dort einsetzen, „wo sie wirklich gebraucht werden“, wie etwa im Flugverkehr. Auch importierter Wasserstoff dürfe nur aus erneuerbaren Quellen stammen.

Ein Ende der Dieselsubvention und eine Dienstwagenbesteuerung mit schärferen europäischen CO₂-Flottengrenzwerten stehen für mehr nachhaltige Mobilität. Umweltschädliche Subventionen im Flugverkehr und Finanzhilfen für unwirtschaftliche Regionalflughäfen wollen die Grünen beenden. Kurzstreckenflüge sollen bis 2030 überflüssig werden.

In Europa wollen sie sich für eine ambitionierte Ausgestaltung und eine ehrgeizige Umsetzung des European Green Deal einsetzen und die Reform des Europäischen Emissionshandels voranbringen. Europäische Handelsverträge sollen verbindliche und durchsetzbare Umwelt- und Sozialstandards enthalten.

Die WWF-Bewertung

Die Grünen haben ein erwartungsgemäß ambitioniertes und fachlich ausgereiftes Wahlprogramm für den Umwelt- und Klimaschutz und sind damit auf einem guten Weg, die enorme Umsetzungslücke beim Klimaschutz zu schließen. **Gut ist vor allem das Bekenntnis zu einem 1,5°C Pfad und die Stärkung des Erneuerbaren Ausbaus in Kombination mit einem wirksamen, sozial ausgestalteten CO₂-Preis.**

Auch der Einsatz für einen integren Emissionshandel und CO₂-Standards für Autos auf EU-Ebene sind zielführend.

Es wird nun darauf ankommen, im Wahlkampf und in möglichen Koalitionsverhandlungen an dieser grünen Linie festzuhalten. Auch sollten die Grünen, etwa bei der Festlegung einer umfassenden Bund-Länder-Strategie zum Ausbau der Wind- und Solarenergie, nachschärfen.